

<b>Vorlage</b>  Federführende Dienststelle: Fachbereich Personal und Organisation Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 11/0338/WP17 Status: öffentlich AZ: FB 11/101 Datum: 24.04.2019 Verfasser: Frau Bläsius						
<b>Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 28.03.2019 (öffentlicher Teil)</b>							
<b>Beratungsfolge:</b>  <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="181 674 379 701">Datum</th> <th data-bbox="387 674 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="962 674 1382 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="181 712 379 739">23.05.2019</td> <td data-bbox="387 712 954 739">Personal- und Verwaltungsausschuss</td> <td data-bbox="962 712 1382 739">Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	23.05.2019	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
23.05.2019	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung					

**Beschlussvorschlag:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 28.03.2019 (öffentlicher Teil).

**Anlage/n:**

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 28.03.2019 (öffentlicher Teil)

**N i e d e r s c h r i f t**  
**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Personal- und  
Verwaltungsausschusses**

10. April 2019

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 28.03.2019
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:05 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Verwaltungsgebäude Aureliusstraße 30, Raum Melaten (401)

---

Anwesende:

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsherr Lars Lübben

Ratsfrau Claudia Plum

Ratsherr Michael Servos

Herr Dr. Rainer von Courbière

Vertretung für: Ratsfrau Sigrid Moselage

Herr Thomas Buhr

Herr Ludger Eickholt

Frau Annika Fohn

Frau Jana Keller

Frau Ute Nußbaum

Abwesende:

Ratsherr Dieter Claßen

entschuldigt

Ratsfrau Sigrid Moselage

entschuldigt

als Teilnehmer der Verwaltung:

Frau Sabine Bausch	FB 01 / GSB
Herr Norbert Dödtmann	FB 1
Frau Vera Ferber	E 26
Frau Sabine Fischer	FB 45
Herr Berthold Hammers	FB 11
Frau Cornelia Hassiepen	FB 11
Herr Peter Klingel	FB 13
Herr Marlon Knops	Dez. V
Herr Dr. Markus Kremer	Dez. V
Frau Andra Mainz	FB 11
Herr Hubert Meyers	GPR
Herr Frank Reiner	FB 11

als Schriftführerin:

Frau Kerstin Bläsius

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**
  
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 06.12.2018 (öffentlicher Teil)**  
**Vorlage: FB 11/0330/WP17**
  
- 3 **Fortschrittsbericht Digitalisierung bei der Stadt Aachen**  
**Vorlage: FB 11/0334/WP17**
  
- 4 **Verzicht auf die Sonderzuständigkeit und Übertragung der Aufgaben der Stadt Aachen als Familienkasse des öffentlichen Dienstes an die Bundesagentur für Arbeit zum nächst möglichen Zeitpunkt**  
**Vorlage: FB 11/0333/WP17**
  
- 5 **Nachhaltige Personalwirtschaft, Personalentwicklung und Personalförderung in städtischen Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen**  
**Umsetzung der praxisintegrierten dreijährigen Ausbildung im Erziehungsberuf bei der Stadt Aachen**  
**Vorlage: FB 11/0335/WP17**
  
- 6 **Tagesordnungsantrag der Fraktionen CDU und SPD vom 12.03.2019**  
**Verfahren für die Verarbeitung und Behebung kleinerer Mängel im Stadtbild**  
**Vorlage: Dez V/0017/WP17**
  
- 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

## **Protokoll:**

Öffentlicher Teil

### **zu 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

#### Anmerkung der Verwaltung:

Vor Beginn der Sitzung führt Herr Brötz die Mitglieder des Personal- und Verwaltungsausschusses durch das neue Open Space in der Mozartstraße. Die ehemalige Kantine des Verwaltungsgebäudes in der Mozartstraße wurde -mit dem Ziel eine moderne Bürolandschaft zu entwickeln und zu realisieren- nach aufwendiger Sanierung zu einem innovativen, offenen Arbeitsraum, der die neuesten Anforderungen an Arbeitsplätze erfüllt, umgebaut.

Frau Parting eröffnet sodann um 18:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Zudem bedankt Sie sich bei Frau Begolli, welche ihre Vertretung als Vorsitzende des Personal- und Verwaltungsausschusses im Rahmen ihrer Elternzeit übernommen hatte. Es werden keine Anträge auf Änderung bzw. Ergänzung der Tagesordnung gestellt. Die Ausschussmitglieder beschließen die bestehende Tagesordnung einstimmig.

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 06.12.2018 (öffentlicher Teil)**

**Vorlage: FB 11/0330/WP17**

#### **Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt mit 2 Enthaltungen die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 06.12.2018 (öffentlicher Teil).

### **zu 3 Fortschrittsbericht Digitalisierung bei der Stadt Aachen**

**Vorlage: FB 11/0334/WP17**

Herr Dr. Kremer erläutert vorweg, dass die Verwaltung mit der heutigen Präsentation der Einhaltung ihres Versprechens, die Mitglieder des Personal- und Verwaltungsausschusses halbjährlich über den Fortschritt der „Digitalen Transformation der Stadt Aachen“ zu informieren, nachkomme. Eigens vorzustellen seien im Besonderen die Fortschritte der Digitalisierungsprojekte im Bereich eGovernment bei der Stadt Aachen. Hierbei handele es sich um verwaltungsinterne Themenfelder, welche in der Zuständigkeit dieses Ausschusses lägen.

Frau Mainz und Herr Dödtmann führen durch die Präsentation. Für die Stadt Aachen als eine von fünf Modellkommunen für Digitalisierung im Rahmen des Förderprogramms des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen gebe es 2 übergeordnete Themenbereiche. Zum einen „eGovernment“ und zum anderen „Digitale Stadtentwicklung/Smart City“. In diesem Ausschuss werde über den Bereich „eGovernment“ berichtet, der derzeit 60 laufende Maßnahmen und Projekte und 50 Projekte in Planung umfasse. Herauszustellen sei, dass sich die

Bedarfe nicht nur aus der Modellregion für Digitalisierung ergäben, sondern auch aufgrund der Roadmap der Digitalen Strategie, den Bedarfen aus den Fachbereichen und gesetzlichen Vorgaben wie dem Onlinezugangsgesetz. Exemplarisch wurden einige Projekte mit großer Bedeutung herausgestellt:

- Portalausbau
- Digitale Akten (hier insbesondere die Projekte „eAkten in der Grundsicherung“ und „Multiprojekt Digitalisierung der Fachbereiche Personal und Organisation sowie Umwelt)
- eRechnung
- Virtual Desktop Infrastructure
- 

Der regelmäßige Austausch mit maßgeblichen Akteuren fördere eine stetige positive Entwicklung der Digitalisierungsprojekte. Die Erhöhung der Informationsdichte für alle Mitarbeitenden und perspektivisch auch für die Bürgerschaft unterstreiche diese Zielsetzung.

Im Anschluss an die Präsentation spricht Frau Eschweiler der Verwaltung und im Besonderen allen beteiligten Projektmitarbeitenden ihren Dank aus. Es beeindrucke sie, welche Resultate die Verwaltung als Modellregion und damit auch als „Vorreiterregion“ bereits in diesem kurzen Zeitfenster erzielt habe. Ein entsprechender Mehrwert durch IT-unterstützte Verfahren sei jetzt schon erkennbar. Auch die Anzahl von zwischenzeitlich über 74.000 angelegten Userkonten spreche für eine große Akzeptanz innerhalb der Bürgerschaft. Schließlich nähmen 2/3 der Aachener Bürgerhaushalte die Online-Dienstleistungen in Anspruch. Die Bereitstellung der Online-Dienstleistungen stelle einen großen Gewinn sowohl für die Bürgerschaft als auch für die Verwaltungsmitarbeitenden dar. Aus bezirklicher Sicht erfreue sie, dass zur Mitte des Jahres der flächendeckende Einsatz der elektronischen Aktenführung in den Bereichen Grundsicherung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Leistungen für Bildung und Teilhabe des Fachbereichs Wohnen, Soziales und Integration beabsichtigt werde. In diesem Zusammenhang erkundigt sie sich, inwieweit damit zu rechnen sei, dass die Beantragung von Grundsicherung für die Bürgerschaft dann auch in den Bezirken möglich werde. Herr Dödtmann führt aus, dass man die Schaffung der Möglichkeit zur Umsetzung der elektronischen Aktenführung in den Bezirken im unmittelbaren Anschluss geplant habe. Voraussetzung hierfür sei der Scan der Bestandsakten, damit ein Zugriff auf alle erforderlichen Informationen auch bei dezentraler Vorsprache möglich ist.

Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

**Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**zu 4 Verzicht auf die Sonderzuständigkeit und Übertragung der Aufgaben der Stadt Aachen als Familienkasse des öffentlichen Dienstes an die Bundesagentur für Arbeit zum nächst möglichen Zeitpunkt**

**Vorlage: FB 11/0333/WP17**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

**Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung sowie die damit verbundenen organisatorischen Auswirkungen zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen auf Vorschlag des Oberbürgermeisters, auf die Sonderzuständigkeit als Familienkasse des öffentlichen Dienstes zu verzichten und die Aufgabe an die Bundesagentur für Arbeit zum nächst möglichen Zeitpunkt zu übertragen.

**zu 5 Nachhaltige Personalwirtschaft, Personalentwicklung und Personalförderung in städtischen Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen**

**Umsetzung der praxisintegrierten dreijährigen Ausbildung im Erziehungsberuf bei der Stadt Aachen**

**Vorlage: FB 11/0335/WP17**

Beginnend erläutert Herr Dr. Kremer, dass die Verwaltung im letzten Jahr vor den Sommerferien in diesem Ausschuss das Gesamtkonzept der Strategie zur nachhaltigen Personalgewinnung und -bindung für die Verwaltung der Stadt Aachen vorgestellt habe. Vorher habe bereits im Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen und offenen Ganztagschulen sowie im Bereich der Feuerwehr die Notwendigkeit bestanden, Teilkonzepte dieses Gesamtkonzeptes zu erarbeiten und einer entsprechenden Beschlussfassung zuzuführen. Er führt weiter aus, dass gerade der Bereich Kindertageseinrichtungen einer dynamischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und damit einhergehend in der Rechtssituation unterliege, welche entsprechende Anpassungen im Tarifrecht nach sich zögen. Mit der nunmehr vorliegenden Vorlage werde die Entscheidung unterstrichen, als Stadt Aachen eine starke Rolle in diesem Handlungsfeld zu spielen. Eine Vielzahl der vorgelegten Maßnahmen des „Konzepts zur nachhaltigen Personalwirtschaft, Personalentwicklung und Personalförderung in städtischen Kindertageseinrichtungen und offenen Ganztagschulen“ befände sich bereits in der Umsetzung und zeigten erste positive Auswirkungen bei der Besetzung der Erzieher/innen-Fachkräfte. So habe die Zahl der unbesetzten Vollzeitäquivalente im letzten Jahr bereits halbiert werden können. Die Verwaltung befinde sich demzufolge auf dem richtigen Weg und dürfe daher an dieser Stelle mit ihren Bemühungen nicht einfach aufhören. Die Umsetzung des in der Vorlage beschriebenen Modells biete der Stadt Aachen aktuell die Gelegenheit, sich auch zukünftig gut qualifizierte Nachwuchskräfte zu sichern. Abschließend bedanke er sich bei der Jugend- und Auszubildendenvertretung, dem Personalrat und dem Dezernat II, welche eine kurzfristige Einbringung der Vorlage unterstützend ermöglicht hätten.

Frau Plum führt aus, dass ihre Fraktion hinter dem Beschlussvorschlag stehe und ihn unterstütze. Dies auch mit Blick darauf, dass eine haushalterische Deckung gewährleistet sei. Mit Hinweis auf das neue „Bundesprogramm Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher: Nachwuchs gewinnen und Profis

binden“ bitte sie die Verwaltung um Mitteilung, inwieweit städtischerseits die Möglichkeit bestehe, einen entsprechenden Fördermittelantrag zu stellen.

Frau Fischer berichtet, dass der Fachbereich Kinder, Jugend und Schule für die Stadt Aachen die Einreichung einer entsprechenden Interessensbekundung beabsichtigte. Das Bundesprogramm umfasse finanzielle Zuschüsse des Bundes in den Jahren 2019, 2020 und 2021. Insgesamt bestehe das Programm aus drei verschiedenen Elementen und gelte für das gesamte Bundesgebiet. Von einer Förderung aller Stellen könne jedoch nicht ausgegangen werden.

Frau Eschweiler führt aus, dass die Reduzierung der vakanten Stellen selbstverständlich ein definiertes Ziel bleibe. Auch die weitere Ausarbeitung der Rahmenbedingungen, dass Bewerbende bestrebt seien, zur Arbeitgeberin Stadt Aachen zu kommen, dürfe nicht aus den Augen verloren werden. Die Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen stehe daher außer Frage und sollte in den eigenen Fraktionen entsprechende Unterstützung finden. Insgesamt befinde man sich auf einem guten Weg. Mit der sukzessiven Umsetzung des bestehenden Maßnahmenkataloges würde nunmehr die Möglichkeit geschaffen, die Mitarbeitenden langfristig an die Arbeitgeberin Stadt Aachen zu binden.

Herr Meyers weist an dieser Stelle darauf hin, dass an der Kindertageseinrichtung in der Bayernallee 2 die Parkplatzsituation sehr angespannt sei. Der tägliche Kauf eines Parktickets verursache zusätzlich Kosten in Höhe von monatlich ca. 120,- Euro. Diese Situation stehe seiner Einschätzung nach nicht im Einvernehmen mit der in Rede stehenden städtischen Strategie zur nachhaltigen Personalgewinnung und -bindung.

Herr Servos spricht der Verwaltung seinen Dank aus. Der Hinweis von Herrn Meyers irritiere ihn jedoch, da er persönlich keine Verknüpfung zwischen einer möglichen Berufswahl und gegebenenfalls anfallenden Parkgebühren sehe. Bei vorliegendem Interesse für einen Beruf bei der Arbeitgeberin Stadt Aachen würden die Abwägungsgründe der Bewerbenden bzw. Mitarbeitenden sowohl im Zuge der Personalgewinnung als auch -bindung gänzlich an anderen Parametern festgemacht werden. Zum Inhalt der Vorlage zurückkehrend stelle er erfreut fest, dass trotz höherem Personalbedarf eine kontinuierliche Reduzierung der Stellenvakanz zu verbuchen sei. Auch diese Tatsache zeige, dass die Einbringung und konsequente Umsetzung des Konzeptes flankierend begleitet durch die Kampagne zum richtigen Zeitpunkt mit dem richtigen Schwerpunkt erfolgt sei. Die Verwaltung befinde sich auf einem guten Weg. Herr Lübben bedankt sich bei der Verwaltung für die unbürokratische Vorgehensweise. Zur Einlassung von Herrn Meyers merkt auch er an, dass ja alle Werkstätigen mit dem Themenfeld „Parkgebühren“ konfrontiert seien. Er gehe davon aus, dass diesem Thema nach einer gewissen Umstellungsphase keine große Aufmerksamkeit mehr geschenkt werde.

Frau Begolli erläutert, dass mit der Umsetzung der praxisintegrierten dreijährigen Ausbildung für den Erziehungsdienst eine weitere Möglichkeit sowohl zur Festigung des Bindungsgedanken als auch zur Steigerung der Wertschätzung des Erziehungsberufes geschaffen worden sei. Zudem stimme es sie positiv, dass nunmehr bereits zu Beginn der Ausbildung eine entsprechende Vergütung gezahlt werde und darüber hinaus eine Reduzierung der Stellenvakanzen herbeigeführt worden sei.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.



## **Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Umsetzung der praxisintegrierten Ausbildung im Erziehungsberuf für die Verwaltung der Stadt Aachen zur Kenntnis und empfiehlt auf Vorschlag des Oberbürgermeisters die Ausweitung der Ressourcen für die Ausbildung zur Erzieherin/ zum Erzieher.

Er empfiehlt dem Rat, die Zustimmung für die Gewährung von überplanmäßigen Mitteln für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von bis zu 288.333 € bei PSP-Element 1-060101-900-5, Sachkonten 5012000, 50220000 und 50320000, Finanzpositionen 70120000, 70220000 und 70320000 zu erteilen. Die Deckung wird dabei im Rahmen des bestehenden Personalkostenverbundes gewährleistet. Zudem empfiehlt er dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, die in den Jahren 2020 bis 2023 entsprechend anfallenden Kosten für die mittelfristige Haushaltsplanung anzumelden.

## **zu 6 Tagesordnungsantrag der Fraktionen CDU und SPD vom 12.03.2019**

### **Verfahren für die Verarbeitung und Behebung kleinerer Mängel im Stadtbild**

#### **Vorlage: Dez V/0017/WP17**

Herr Servos spricht der Verwaltung für die gute Aufbereitung der Vorlage seinen Dank aus. Mit dem in der Vorlage aufgezeichneten Weg sei man nunmehr bereits einen guten Schritt vorangekommen. Er bitte im Namen des Ausschusses darum, dass die Verwaltung bis zur Sommerpause sowohl die Anpassung des Layouts als auch die erste vorgesehene Prozessoptimierung bereits umgesetzt habe. Diesbezüglich befürworte er eine entsprechende Fixierung in der heutigen Beschlussfassung.

Frau Begolli erkundigt sich, inwieweit auf der einen Seite tatsächlich auch Lob an die Mitarbeitenden -dies fände sie sehr wichtig- zurückgespiegelt und auf der anderen Seite der Bearbeitungsstand an die Bürgerschaft zurückgemeldet werde. Darüber hinaus vermisse sie in der Vorlage entsprechende Hinweise zur organisatorischen Umsetzung der Behebung der Missstände vor Ort.

Frau Eschweiler spricht der Verwaltung ebenfalls ihren Dank aus. Die Vorlage erfülle zunächst vollumfänglich den von den Antragstellenden gewünschten Informationsbedarf. Hieran könne die Verwaltung nun anknüpfen und das natürlich an verschiedenen Stellen noch verbesserungswürdige System einer sukzessiven Prozessoptimierung zuführen. Rückmeldungen -wie auch in der Vorlage aufgeführt- erfolgten über das Serviceportal bereits heute schon. Zunächst bestehe der vorrangige Wunsch, durch eine bürgerfreundliche und serviceorientierte Ausrichtung des Portals in diesem Segment, die Bereitschaft, der Bürgerschaft Eingaben zu bestehenden Mängeln zu tätigen, zu unterstützen. Die Beantwortung der Frage „wie der Mangel am Ende behoben werde“ ergebe sich sodann im Anschluss und ziehe gegebenenfalls die Bereitstellung zusätzlicher personeller/finanzieller Ressourcen nach sich. Frau Eschweiler führt weiter aus, dass sie an dieser Stelle auf die Außenbezirke verweisen möchte. Im Bezirk Eilendorf sei beabsichtigt, neben der City-Servicekraft in klarer Abgrenzung eine zweite Person aus dem Stellenpool „Teilhabechancengesetz“ für Bezirksgrün einzusetzen. Sie bitte die Verwaltung daher um Prüfung der Möglichkeit, alle Außenbezirke mit einer City-Servicekraft und einer weiteren Kraft für Bezirksgrün aus dem Stellenpool „Teilhabechancengesetz“ auszustatten und diesen Prüfauftrag mit in den heutigen Beschluss aufzunehmen.

Herr Eickholt äußert sich verwundert, da er eine andere Beantwortung des Tagesordnungsantrages -im Besonderen mit Blick auf die Zusammenführung aller Verfahren in einem Anwendungssystem (Open Text)- erwartet habe.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig nachfolgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung kurzfristig im Serviceportal die Möglichkeit der Eingabe von Anregungen, Anliegen, Beschwerden und Mängeln herausgehobener und deutlicher auf der Startseite darzustellen, damit Einwohnerinnen und Einwohner eine Eingabe ohne langes Suchen der passenden Dienstleistungen einreichen können. Hierbei soll im Rahmen der Umsetzung berücksichtigt werden, dass ein zu pointiertes Hervorheben des Mängelbegriffes vermieden wird, sondern alternativ die Darstellung und Ansprache über eine graphische Lösung als zielführender gesehen wird, ohne in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit des grundsätzlichen Anliegens zu schmälern. Darüber hinaus sollen in einem ersten Schritt der Prozess verschlankt und vereinfacht werden sowie dabei auch im Sinne des Grundsatzes der Datensparsamkeit die notwendigen, einzugebenden (personenbezogenen) Daten bis auf das Mindeste reduziert bzw. auch anonyme Eingaben ermöglicht werden. Zudem soll die Homepage des Serviceportals auch für die Smartphone Nutzung optimiert werden. Dadurch soll in Ergänzung der grundsätzlichen Prozessoptimierung für die Eingabe von Mängeln insbesondere im Rahmen der Nutzung eines Smartphones die Option angeboten werden, Mängel schnell und unbürokratisch durch Zusendung eines Fotos, auf dem der Mangel erkennbar und gleichzeitig die automatische Bestimmung der Geo-Koordinaten zwecks Ortsbestimmung des Mangels vorgesehen ist, der Stadt Aachen zu melden.

Ebenso beauftragt der Personal- und Verwaltungsausschuss die Verwaltung um Prüfung der Möglichkeit, alle Außenbezirke mit einer City-Servicekraft und einer weiteren Kraft für Bezirksgrün aus dem Stellenpool „Teilhabechancengesetz“ auszustatten

**zu 7 Mitteilungen der Verwaltung**

Mitteilungen der Verwaltung für den öffentlichen Sitzungsteil liegen nicht vor.

Frau Parting schließt um 19:05 Uhr die Sitzung.

Daniela Parting  
Ausschussvorsitzende

Kerstin Bläsius  
Schriftführerin

gesehen:

Marcel Philipp  
Oberbürgermeister